

Prüfung der Jahresrechnung 2003

ANLAGE

5. 06-F-02-0008

Familien stärken, Kinder in den Mittelpunkt: Kindergärten in Wiesbaden: Flexibler - besser - beitragsfrei

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 30.01.2006 -

Vorbemerkung:

Familie ist, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristige, stabile, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel. Die Erziehungsleistung der Familien kommt im Ergebnis auch denen zugute, die selbst keine Kinder erziehen.

Familien in umfassender Weise zu fördern und zu unterstützen, ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit. Sozialer Ausgleich erfolgt über öffentlich subventionierte bzw. kostenfreie Angebote. Im Rahmen der Krisenintervention leisten familienunterstützende Angebote Hilfe bei der Bewältigung schwieriger Lebenssituationen – speziell für die betroffenen Kinder. In den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat die Aufgabe der vorschulischen, frühkindlichen Bildung. Aus diesen Gründen ist der Kindergartenbesuch möglichst aller Kinder anzustreben – und nicht nur von 80 % der 3-6-Jährigen.

Zur Familienförderung leisten die Betreuungsangebote in den Tageseinrichtungen öffentlicher wie freier Träger einen entscheidenden Beitrag. Dies gilt umso mehr, als die Lebensstile der Menschen außerordentlich vielfältig geworden sind. Mütter und Väter wollen nicht vor die Alternative Familie oder Beruf gestellt werden, sondern benötigen Unterstützung, Familie und Beruf entsprechend ihren Vorstellungen und individueller Lebenssituation miteinander zu vereinbaren. Insbesondere dort, wo aus finanziellen Gründen kein Elternteil zugunsten der Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausscheiden kann, sind Familien auf adäquate Betreuungsangebote angewiesen.

In Wiesbaden stellen die Stadt sowie freie Träger allein im Elementarbereich über 8.000 Betreuungsplätze bereit. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird in Wiesbaden erfüllt, und das Angebot wird weiter aufgestockt. In Sonnenberg und Naurod entstehen neue Kindertagesstätten. Über die Stadt verteilt wird das Angebot an Krippenplätzen für Kleinkinder sowie Betreuungsplätzen an Schulen und in Kinderhorten kontinuierlich ausgebaut.

Für die Kinderbetreuung wendet die Landeshauptstadt Wiesbaden jährlich knapp 50 Mio. Euro auf. Allein in den beiden kommenden Jahren sollen zusätzlich 7,6 Mio. € in den weiteren Ausbau von Betreuungseinrichtungen investiert werden. Jeder Elementarplatz wird jährlich mit 4.400 € bezuschusst.

Wiesbaden begreift die Kinderbetreuung als zentrale kommunale Aufgabe. Die Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Familien zu orientieren. Die Betreuungswünsche einer Familie, in der nur ein Elternteil erwerbstätig ist, stellen sich typischerweise anders dar als bei Doppelverdienern oder Alleinerziehenden. Vollzeitbeschäftigte benötigen in der Regel für ihre Kinder mehr Betreuung als Väter und Mütter, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen oder gar nicht erwerbstätig sind.

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Deshalb darf beim weiteren Ausbau der Betreuungsangebote nicht einfach nach dem Motto „Mehr von dem Alten“ verfahren werden. Es gilt, neben dem quantitativen Zubau an Betreuungsplätzen Besseres zu schaffen:

Deshalb wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

I. Das System der Kinderbetreuung (Elementarbereich) in Wiesbaden wird wie folgt geändert:

1. Beitragsfreier Halbtagskindergarten für alle

Um allen Kindern das Aufwachsen in Gemeinschaft mit anderen zu ermöglichen und zur finanziellen Entlastung der Familien wird die Halbtagsbetreuung im Elementarbereich – der dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz entsprechende Betreuungsumfang – für alle beitragsfrei angeboten.

Diese Gebührenfreiheit gilt

+ für vier Zeitstunden am Stück

+ umfasst alle Altersstufen des Elementarbereichs, d.h. es erfolgt keine Beschränkung beispielsweise nur auf das letzte Jahr vor der Einschulung

+ ist unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Über den Anspruch auf den beitragsfreien Halbtagsplatz erhalten die Eltern für jedes Kind einen Betreuungsgutschein. Den Gutschein lösen die Eltern bei der von ihnen ausgewählten Betreuungseinrichtung ein.

2. Kinderbetreuungszeiten nach Maß

Die bisher starren Betreuungszeiten – entweder halbtags oder ganztags – werden flexibilisiert. Je nach individuellem Bedarf (z.B. Berufstätigkeit) ist die tägliche Betreuungszeit frei wählbar.

Hierzu können Eltern, die für ihre Kinder keine Ganztagsbetreuung benötigen, deren Betreuungsbedarf aber über den Zeitraum von 4 Stunden hinausgeht, zusätzlich zum kostenlosen Halbtagesplatz einzelne Betreuungsstunden für jeweils 22 € im Monat als Module hinzukaufen. Einem Baukasten vergleichbar, können Eltern zwischen einer täglichen Betreuungszeit von 4 bis 9 Stunden frei wählen.

Bei Hinzunahme des Maximal-Angebots von 5 Zusatzstunden ergibt sich ein Gesamtbetrag von 110 € für die Ganztagsbetreuung, d.h. 30 € weniger als bisher.

Neue Kindergarten-Monatsgebühren	€
Halbtagskindergarten (4 Std.)	0
<i>jede</i> Zusatzstunde	22
<i>bei</i> 5 Zusatzstunden (zusammen 9 Std.)	110
= Ganztagsbetreuung	

3. Kindertagesstätten mit neuem Profil

Kindertagesstätten, die von sich aus zusätzliche Angebote entsprechen den Bedürfnissen der Familien machen, werden hierbei unterstützt:

A. Kitas mit Öffnungszeiten vor 8 Uhr bzw. nach 18 Uhr für Sonderbedarfe

B. Kitas mit besonderen Qualitäten:

Die Zusatzstunden müssen nicht als herkömmliche Betreuungsstunden gestaltet sein, sondern können für spezielle Bildungsangebote genutzt werden, z.B.

+ gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund (Integration)

+ Sportangebote / Gesundheitserziehung

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

+ musikalische bzw. künstlerische Früherziehung.

4. Die Gebühren für die Ganztagsbetreuung bei zweiten und weiteren Kindern einer Familie (Geschwisterkinder) werden um mindestens 50 % ermäßigt.
5. Die Integration behinderter Kinder bleibt von der Umstellung unberührt.

II. Die Gebührenordnung für die Benutzung der Kindertagesstätten (Anlage zu § 10 Abs. 1 Kindertagesstättensatzung) wird wie folgt geändert:

1. Die bisherige Gebühr für die Halbtagsbetreuung im Elementarbereich von 110 € monatlich entfällt.
2. Die Gebühr für die Ganztagsbetreuung wird von 140 € monatlich auf 110 € ermäßigt.
3. § 10 Abs. 2 der Kindertagesstättensatzung wird aufgehoben
4. Die Gebührenordnung wird wie folgt ergänzt: Die Gebühr je „Zusatzstunde“ zum kostenfreien Halbtagskindergarten beträgt 22 € monatlich.

Die Änderungen treten zum 1. Januar 2007 in Kraft.

III. Der Magistrat wird gebeten,

1. in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen die organisatorischen Voraussetzungen zur Einführung der flexiblen Betreuungszeiten zum Kindergartenjahr 2007 zu schaffen,
2. in Verhandlungen mit den Freien Trägern die Übertragung der Neuregelung auch für deren Einrichtungen zu vereinbaren,
3. die im Jahr 2004 beauftragte Kosten- und Strukturanalyse der bisherigen Kita-Gebührenordnung umgehend vorzulegen.
4. in den Ausschüssen für Soziales sowie Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung regelmäßig über den Stand der Umsetzung zu berichten.

6. 06-F-01-0008

Kindergarten zum Nulltarif

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Abschaffung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten aus.

Gemeinsames Ziel ist es, allen Kindern den Besuch einer Kindertagesstätte zu ermöglichen, damit sie dort frühzeitig gefördert und eventuell vorhandene Defizite abgebaut werden können. Die Kosten für einen Kindergartenplatz stellen auf diesem Weg trotz der städtischen Zuschüsse für Eltern mit geringen Einkommen noch immer eine Hürde dar.

Im ersten Schritt sollen die Beiträge zum 01. September 2006 halbiert werden, die komplette Streichung ist für die Jahre 2008/09 vorzusehen. Die zur Umsetzungen erforderlichen Mittel sind in den Doppelhaushalt 2006/07 aufzunehmen.

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Eine Streichung der Zuschüsse für Eltern ohne oder mit nur geringem Einkommen wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, da dies für die betroffenen Eltern eine unzumutbare Benachteiligung darstellt und im Gegensatz zu einer sozial verträglichen Kommunalpolitik steht.

2. Bessere Betreuungsangebote und eine Verstärkung der frühkindlichen Förderung sind nicht allein Aufgabe der Kommunen. Die Hessische Landesregierung wird deshalb aufgefordert, ihren finanziellen Beitrag zur Entlastung der Familien und zur Stärkung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten zu leisten, indem sie die Zuschüsse für die Kindertagesstätten entsprechend ihrer gewachsenen gesellschaftlichen Bedeutung aufstockt.
3. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang es einen Bedarf für Betreuungszeiten gibt, die über die derzeitigen Öffnungszeiten der Kindertagesstätten hinausgehen. Auch wenn viele Einrichtungen schon heute gleitende Betreuungszeiten ermöglichen, sind hier zusätzliche Angebote ins Auge zu fassen. Im ersten Schritt könnten dann ggf. über das Stadtgebiet verteilte Modellprojekte gestartet werden, die konkrete Rückschlüsse über den tatsächlichen Bedarf und den daraus resultierenden Mehraufwand ermöglichen. Das Konzept ist in Abstimmung mit den freien Trägern zu entwickeln und sofern es städtische Einrichtung betrifft mit der Personalvertretung abzustimmen.

7. 05-F-03-0132

Erhalt der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2005 -

CDU/SPD Bundesregierung muss die Kürzungen der Fördermittel für den ÖPNV zurücknehmen

Bereits im nächsten Jahr will die CDU/SPD Bundesregierung die Regionalisierungsmittel, die auch dem Wiesbadener Nahverkehr zugute kommen, von derzeit 7 Milliarden Euro um fünf Prozent kürzen und in den darauf folgenden Jahren noch stärker reduzieren.

Insgesamt sollen bis 2009 rund 3 Mrd. Euro gestrichen werden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen erwartet ab 2006 Fahrpreissteigerungen in zweistelliger Höhe. Kürzungen von Mitteln für den Nahverkehr schaden allen ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzern, die ohnehin schon durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung und die Verringerung der Pendlerpauschale zur Kasse gebeten werden.

Die drastische Verringerung der Regionalisierungsmittel, die ursprünglich bis 2007 und sogar mit Steigerungsraten zugesichert waren, ist im Hinblick auf Umweltschutzaspekte und Verkehrsinfrastrukturentwicklung als kontraproduktiv zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert:

- sich mit den Gebietskörperschaften in der Region und dem Hessischen Städtetag zusammenschließen und gegen die verbraucherfeindlichen und ökologisch schädlichen Kürzungen der CDU/SPD Bundesregierung zu protestieren und
- dabei zu verdeutlichen, dass die Kürzungen der Mittel für den Nahverkehr eine Angebotsausdünnung oder Preiserhöhungen bei Bus und Bahn nach sich ziehen werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundestagsabgeordneten Heidemarie Wiczorek-Zeul und Kristine Köhler auf, einem Haushalt, der die Wiesbadener Bürgerinnen

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

und Bürger teuer zu stehen kommt, verbraucherfeindlich und unökologisch ist, ihre Zustimmung zu verweigern.

- Darüber hinaus soll der Magistrat der Hessischen Landesregierung erklären, dass, bezogen auf die konkrete Situation in der Region, Einsparungen durch Ausschreibung von Verkehrsleistungen aufgrund der Dauer der abgeschlossenen Verträge derzeit nicht erzielbar sind.

8. 06-F-05-0002

Schülerwahlen jetzt auch in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2006 -

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Wahlrecht ist wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Aus diesem Grund sollten junge Menschen bereits in der Schule mit der Praxis einer Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahl vertraut gemacht werden.

Neben den theoretischen Grundlagen, die bereits Gegenstand des Unterrichts sind, sollte den Schülern durch eine sog. Schülerwahl vermittelt werden, was es heißt, selbst Wahlentscheidungen bei einer Vielzahl von politischen Wahlbewerbern und Wahlprogrammen treffen zu müssen. Dies ist insbesondere bei dem neuen Kommunalwahlrecht mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens geboten, welches leider immer noch vielen Bürgern nicht ganz verständlich ist. Die Ergebnisse einer solchen Schülerwahl böten sowohl den Schülern die Möglichkeit, ihre Entscheidungsbildung zu analysieren, als auch den Politikern Hinweise auf die Resonanz ihrer Politik bei der Schülergeneration.

Der Magistrat wird daher aufgefordert,

den Wiesbadener Schulen durch entsprechende Unterstützung – vor allem durch eine ausreichende Zahl von Muster-Wahlzetteln – zu ermöglichen, bereits im Zusammenhang mit der nächsten Kommunalwahl am 26. März 2006 und mit allen weiteren Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sog. Schülerwahlen durchzuführen. Der Magistrat wird die Wiesbadener Schulen über diese Möglichkeit sowie über die von der Stadt angebotene Unterstützung rechtzeitig informieren und die Durchführung der Schülerwahlen abstimmen. Die Wahl sollte am letzten Schultag vor dem jeweiligen Wahltag durchgeführt werden. Die Stimmenauszählung sollte am darauffolgenden Montag durch die Schülerinnen und Schüler selbst erfolgen. Generell sollte den Schulen pädagogisches Material zur Verfügung gestellt werden, das insbesondere das Wahlverfahren vermittelt.

9. 06-F-04-0001

Initiative "Deutsch auf Wiesbadens Schulhöfen"
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.02.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an alle Schulgemeinden Wiesbadens, Vereinbarungen darüber herbeizuführen, daß Deutsch die einzige auf ihren Schulhöfen

gesprochene Sprache wird.

Sollten keine freiwilligen Vereinbarungen bis zu den Sommerferien geschlossen werden, wird der Magistrat beauftragt, im Zusammenwirken mit dem Kultusministerium entsprechende Regelungen durchzusetzen.

10. 06-F-06-0002

Sicherung von Schulstandorten in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.02.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die gymnasiale Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule, die Förderstufe der Gustav-Stresemann-Schule und die Kellerskopfschule bleiben bestehen und werden auch im Schuljahr 2006/2007 fortgeführt.

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird aufgefordert alles dafür Notwendige zu unternehmen bzw. zu veranlassen, ggfs. dafür auch rechtliche Schritte einzuleiten.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Kellerskopfschule (Realschulzweig) und die Förderstufe der Gustav-Stresemann-Schule die gesetzlich vorgegebenen Richtwerte für die Klassenstärken erfüllen und beide schulische Angebote weiterhin sinnvoll und notwendig sind.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die gymnasiale Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule mit 65 Schüler/innen in der Klasse 11 und absehbaren Anmeldungen in zumindest ähnlicher Höhe für Neuaufnahmen in die Klasse 11 im nächsten Schuljahr 2006/2007 mit steigender Tendenz auch in den kommenden Jahren den gesetzlich vorgegebenen Richtwert mit hoher Wahrscheinlichkeit künftig erfüllen wird und als schulisches Angebot – insbesondere für die AKK-Stadtteile – unverzichtbar ist.

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert – im Dialog mit dem Hessischen Kultusministerium – darauf hinzuwirken, dass bis zum 1. März 2006 ein genehmigter Schulentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Wiesbaden vorliegt, der die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule sichert.

Sollte sich das Hessische Kultusministerium solch einer Lösung verweigern, wird die Landeshauptstadt Wiesbaden von Artikel 7, Absatz 3, des „Dritten Gesetzes zur Qualitätssicherung an hessischen Schulen“ Gebrauch machen, d.h. auch im neuen Schuljahr werden Schüler/innen in die Klasse 11 der Wilhelm-Leuschner-Schule aufgenommen.

Da zu erwarten ist, dass auch im nächsten Schuljahr in der Klasse 11 der Wilhelm-Leuschner-Schule mehr als 50 Schüler/innen aufgenommen werden, geht die Stadtverordnetenversammlung davon aus, dass die gesetzlich vorgesehene Erstattungspflicht an das Land Hessen in diesem Falle nicht greift.

11. 05-V-70-0016

DL 44/05-14

Wirtschaftsplan 2006 und 2007 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

12. 05-V-66-0203

DL 32/05-5

Berliner Straße / Kreuzberger Ring (östl. Einmündung); Bau einer Lichtsignalanlage

ANLAGE

13. 05-F-06-0015

Ablehnung des gegenwärtigen Entwurfs der Richtlinie der Europäischen Kommission über Dienstleistungen im Binnenmarkt

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 07.12.2005 -

ANLAGE

14. 05-F-05-0017

Fußball-Weltmeisterschaft 2006

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 05.12.2005 -

Die Fußball WM 2006 (9.6.-9.7.06) steht unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Die Stadt Wiesbaden, als Teil der Region Rhein-Main, wird Gastgeber für Besucher und Medienvertreter aus der Umgebung, aus Deutschland und der ganzen Welt sein. Anliegen der Stadt sollte es sein, den Gästen ihren Aufenthalt zu einem angenehmen und unvergesslichen Erlebnis zu machen und sich gleichzeitig werbewirksam als Gastgeber, auch bereits im Vorfeld der WM, in Szene zu setzen. Viele Projekte sind bereits heute angedacht. Für ein stimmiges Gesamtbild ist es notwendig, mittels einer übergreifend agierenden Koordinierungsstelle, gebündelt Aktivitäten zu planen und durchzuführen.

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die bereits geplanten und angedachten Aktionen und Veranstaltungen von Stadt, Land, Sport, Gastronomie und Einzelhandel sowie Schule und Kultur in ein Gesamtkonzept zusammen zu fassen, um Wiesbaden so während der Fußball WM 2006 bestmöglich als gastfreundliche Stadt im Rhein-Main-Gebiet zu präsentieren;
2. für die sachliche Planung und Durchführung der einzelnen Aktivitäten die alleinige Zuständigkeit bei einer Koordinierungsstelle im Wiesbaden Marketing anzusiedeln, die für alle Beteiligten Unterstützer und Kommunikator sein soll, ohne den zuständigen Fachämtern die Verantwortung für die Inhalte der Veranstaltungen und Aktionen zu nehmen;
3. die WM-Internetpräsentation der Stadt Wiesbaden auf alle Aktivitäten von allen Veranstaltern (z.B. FIFA, Hessische Landesregierung, Hessischer Fußballverband, Wiesbadener Sport- und Fußballvereine) zu erweitern.

15. 05-F-04-0008

Abschaffung des Ausländerbeirates
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 07.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert, für eine Änderung der hessischen Gemeindeordnung einzutreten die es der Stadt Wiesbaden ermöglicht den Ausländerbeirat abzuschaffen.

Sobald die Möglichkeit gegeben ist wird der Magistrat beauftragt eine Vorlage zur Abschaffung des Ausländerbeirates der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weiterhin beschließt die Stadtverordnetenversammlung: Als Konsequenz aus der mangelnden Akzeptanz bei den Wahlberechtigten sind im neuen Haushalt keine Geldmittel für den Ausländerbeirat anzusetzen.

16. 05-F-06-0014

Verlagerung von Standorten in der Sozialverwaltung
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 01.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass keine Verlagerung eines Standortes in der Sozialverwaltung (Bezirkssozialdienste, Grundsicherung für Erwerbslose u.a.) vorgenommen wird und keine diesbezüglichen Festlegungen (wie z.B. Mietverträge) getroffen werden, ohne dass zuvor die betroffenen Ortsbeiräte regulär angehört wurden, und erwartet vom Magistrat entsprechendes Vorgehen sowie einen aktuellen Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

17. 05-F-01-0100

Solide Rechtsgrundlage für Regiebetrieb Stadtmarketing schaffen
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.12.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die im Verfahren zur Bildung eines Regiebetriebes Stadtmarketing aufgetretenen Mängel zu beheben.

Für die bislang nicht erfolgte, aber nach Rechtsgutachten erforderliche Änderung der Satzung der Kurbetriebe ist der Stadtverordnetenversammlung zur nächsten Sitzung ein Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Seite 10 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Die bislang nicht erfolgte bzw. nicht abgeschlossene Beteiligung der Personalvertretung ist unverzüglich nachzuholen.

ANLAGE

18. 06-F-02-0004

Stadtmuseum jetzt
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 29.12.2005 -

I.

Vorbemerkung:

Stadtgeschichte schafft Identität. Das Stadtmuseum für Wiesbaden wird Wiesbadenern wie Besuchern und Gästen gleichermaßen die Geschichte unserer Stadt nahe bringen und die historischen Entwicklungen darstellen, die Wiesbaden prägen.

Nach langen Jahren engagierter, aber unverbindlicher Diskussionen ist das „Projekt Stadtmuseum“ in dieser Wahlperiode in Fahrt gekommen. Im Sommer 2002 sind mit der Festlegung der konzeptionellen und organisatorischen Eckpunkte zentrale Weichenstellungen erfolgt.

Danach folgt die Dauerausstellung dem chronologischen Prinzip und umfasst als Schwerpunkte die Aspekte Römerzeit, Nassauische Residenz, (Welt-)Kurstadt sowie Wiesbaden als Landeshauptstadt. Mit dem Freigelände an der Wilhelmstraße gegenüber dem Landesmuseum ist der ideale Standort bestimmt worden. Landes- und Stadtmuseum werden das Entrée zur künftigen Kultur- und Museumsmeile an der „Rue“ bilden.

Der wissenschaftliche Beirat, für den der renommierte Historiker Professor Gall als Vorsitzender gewonnen werden konnte, hat die Konzeption für die Dauerstellung erarbeitet. Museumsgestalter Hans-Dieter Schaal hat inzwischen überzeugende Entwürfe für die Innengestaltung vorgelegt. Dabei wird die ‚Sammlung Nassauischer Altertümer‘ endlich in angemessener Form präsentiert werden können.

Das Stadtmuseum, das bürgerschaftlich organisiert und in eine Stiftung überführt werden soll, ist in der Wiesbadener Bürgerschaft fest verankert. Zahlreiche Bürger unserer Stadt sind dem Aufruf des Projektbüros gefolgt und haben geschichtlich interessante Objekte zur Verfügung gestellt. Der private ‚Förderverein Stadtmuseum‘ treibt das Projekt mit einer Vielfalt von Aktivitäten voran, zuletzt durch das beeindruckende „Baustellenfest“ auf dem künftigen Museumsgelände an der Wilhelmstraße. Die vom Projektbüro veranstalteten Wechselausstellungen wecken schon jetzt die Neugier auf das Stadtmuseum nach seiner Vollendung.

Nachdem die konzeptionellen und inhaltlichen Vorarbeiten geleistet sind, ist es gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten, die Realisierung zeitnah sicherzustellen.

II.

Die Vorbemerkung vorangestellt, wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird – aufbauend auf den Festlegungen in der Steuerungsgruppe – gebeten:

1. im Jahr 2006 für den an der Wilhelmstraße zu errichtenden Museumsbau einen

Seite 11 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Architektenwettbewerb auszuloben,

2. rechtzeitig im Verlauf der weiteren Haushaltsberatungen über die hierfür notwendigen Finanzmittel zu berichten,
3. entsprechend der Planung der Steuerungsgruppe den Antrag auf Bezuschussung beim Land Hessen zu stellen,
4. eine Zeitplanung mit den weiteren Umsetzungsschritten vorzulegen mit dem Ziel, das Museum im Jahre 2009/10 der Öffentlichkeit übergeben zu können.

19. 06-F-24-0003

Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule

- gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die starre und unversöhnliche Haltung der Landesregierung bezüglich des zum 01.08.2006 ausgesprochenen Verbots, an der Gymnasialen Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim Schüler/-innen in die Jahrgangsstufe 11 aufzunehmen.

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, alle Möglichkeiten, auch juristisch gebotene, auszuschöpfen, die einen Bestand der Oberstufe zumindest für eine Bewährungsphase ermöglichen, unter anderem

- durch Gespräche mit der Hessischen Kultusministerin für eine zweijährige Aussetzung des angeordneten Verbots, Schüler/-innen an der Oberstufe aufzunehmen, mit dem Ziel, bis zum Jahr 01.08.2008 den Richtwert von durchschnittlich 50 Schüler/-innen im Jahrgang zu erreichen;
- durch die Erwirkung beim Kultusministerium, nach Artikel 7, Qualitätssicherungsgesetz des Hessischen Schulgesetzes den im April 2005 eingereichten Schulentwicklungsplan bis zum 01.03.2006 zu genehmigen – auch mit Auflagen, die die WLS oder andere Schulen betreffen.

20. 06-F-03-0008

Kinderbetreuung: Vorfahrt für quantitativen und qualitativen Ausbau

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2006 -

Jedes Kind hat ein Recht auf frühzeitige individuelle Förderung seiner Fähigkeiten, auf die Stärkung seiner Persönlichkeit und Unterstützung bei der Überwindung von Schwächen. Neben einer kindgerechten und anregenden häuslichen Umgebung fördern altersgemäße Bildungsangebote in Kinderbetreuungseinrichtungen die ganzheitliche Entwicklung von Kindern. Es ist anzustreben, dass alle Kinder, unabhängig von den Verhältnissen in den Elternhäusern, an diesen Bildungsangeboten in gleichem Umfang teilhaben können. Dadurch lassen sich

unterschiedliche Ausgangslagen ausgleichen und Bildungschancen verbessern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Staffelung der Gebühren nach Kinderzahl und finanzieller Lage der Eltern wird beibehalten.
2. Ein kostenfreies Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot für Kinder aller Altersstufen ist anzustreben. Für die Förderung der Entwicklungspotenziale aller Kinder und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss jedoch zuerst eine bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots erfolgen.
3. Die Ausweitung des Angebots umfasst den Ausbau der Anzahl der Ganztagsplätze, längere und flexiblere Öffnungszeiten und eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung, Kinderbildung und Erziehung.
4. Für den Krippenbereich soll bis zum Jahr 2010 für mindestens 20 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren ein Betreuungsplatz mit flexiblen Zeiten zur Verfügung stehen. Das bedeutet, pro Jahr müssen rund 100 neue Krippenplätze geschaffen werden. Da derzeit bereits 30 Prozent der Mütter von Kleinkindern arbeiten, bei einem Betreuungsangebot für nur 10 Prozent der Kinder, muss der Ausbau der Krippenplätze auch nach 2010 weiter voran getrieben werden.
5. Im Elementarbereich wird die Ganztagsversorgung ausgeweitet. In den nächsten beiden Jahren werden 200 neue Ganztagsplätze geschaffen. Dabei ist gilt es die Unterversorgung in einigen Stadtteilen auszugleichen. Des weiteren wird der Bedarf der Betreuungszeiten ermittelt und die Öffnungszeiten der Einrichtungen werden flexibler gestaltet.
6. Für Migrantenfamilien wird ein Konzept für ein Anreizsystem vorgelegt, das mehr Kinder aus Migrantenfamilien frühzeitig die Kitas besuchen lässt. Dies ist nötig, um Defizite im Sprachbereich bereits vor Schulbeginn auszugleichen und Kindern mit Migrationshintergrund Chancengleichheit in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
7. Die Pluralität des Betreuungsangebots von städtischen Einrichtungen, freien Trägern und Elterninitiativen wird in vollem Umfang aufrecht erhalten. Dies beinhaltet insbesondere, dass die Förderung von Elterninitiativen keinerlei Einschränkung erfährt.
8. Die Kostenbeteiligung des Landes Hessen im Elementarbereich ist angesichts des Nachholbedarfs ebenso unzureichend, wie das finanzielle Engagement für den erforderlichen Ausbau von Ganztagsangeboten in den Grundschulen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich deshalb beim Land Hessen mit Nachdruck für eine Ausweitung der Förderung ein.
9. Ohne das Land Hessen deshalb aus seiner Verpflichtung zu entlassen, unternimmt die Landeshauptstadt Wiesbaden zur Überbrückung wichtige Schritte, um mit exemplarischen Modellen Grundschulen zu Ganztagschulen aufzuwerten. Das Konzept der „Betreuenden Grundschule“ wird durch ein neues Ganztagschulkonzept abgelöst. Eine personelle Vernetzung des städtischen mit dem schulischen Angebot hilft dabei Kosten sparen. Jährlich werden drei Grundschulen zu Ganztagschulen umgebaut. Zielgröße ist eine Ganztagsbetreuung, die dem vorhandenen Bedarf entspricht.

Schließung von Schulzweigen

- gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die vom Hessischen Kultusministerium am 27.12.2005 angeordnete Schließung des Realschulzweiges der Kellerskopfschule in Naurod und der Förderstufe der Gustav-Stresemann-Schule in Kastel.

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, alle Möglichkeiten gegenüber dem Hessischen Kultusministerium auszuschöpfen, um den Fortbestand dieser Schulzweige zu gewährleisten, da beide Schulen die im Qualitätssicherungsgesetz vorgegebenen Richtgrößen erfüllen und als Schulstandorte von großer Bedeutung für die beiden Stadtteile sind.

Dabei soll der Magistrat insbesondere prüfen, ob gegen die geplante Schließung des Realschulzweigs der Kellerskopfschule Klage beim Verwaltungsgericht angestrengt werden kann, weil das Hessische Kultusministerium sich in diesem Fall nicht an das in seinem Erlass vom 09. Juli 2004 genannten Verfahren zu den Entscheidungsstrukturen nach dem neuen Hessischen Schulgesetz hält.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 04-V-20-0040

DL 40/04-8

Schlussbericht der 91. Vergleichenden Überörtlichen Prüfung "Konsolidierung der Großstädte"

2. 05-F-01-0099

Bessere Finanzausstattung der Kommunen durch das Land Hessen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.12.2005 -

ANLAGE

3. 05-F-02-0030

DL 09/06-1

Ehrenamt für Schule

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.04.2005 -

4. 05-F-06-0003

Seite 14 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Lage der Alten- und Pflegeheim GmbH und der Altenhilfe Wiesbaden GmbH

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 02.03.2005 -

ANLAGE

5. 05-F-06-0010

Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 12.07.2005 -

ANLAGE

6. 05-M-07-9018

DL 02/06-2

Sanierung des Hofgutes Fasanerie; Zuschuss an den Förderverein Fasanerie

7. 05-V-67-0042

DL 04/06-11

Sanierung des Hofgutes Fasanerie; Zuschuss an den Förderverein

8. 05-V-01-0160

DL 44/05-1

Änderung der derzeit gültigen Ordnung des Seniorenbeirates in der Landeshauptstadt Wiesbaden;

Änderung der derzeit gültigen Wahlordnung für die Wahl zum Seniorenbeirates der LHW

9. 05-V-04-0010

DL 04/06-1

Klimaschutzbericht und Energiebericht 2004

10. 05-V-05-0015

DL 02/06-3

Flohmarkt-Biebrich; Vorzeitige Mittelfreigabe 2006

11. 05-V-05-0016

DL 02/06-4

Rheingauer Weinwoche; Vorzeitige Mittelfreigabe 2006

12. **05-V-05-0017** **DL 02/06-5**
Wiesbadener Frühlingsfest; Vorzeitige Mittelfreigabe 2006
13. **05-V-05-0018** **DL 02/06-6**
Wiesbadener Wochenmarkt; Vorzeitige Mittelfreigabe 2006
14. **05-V-05-0020** **DL 02/06-7**
Mittelfreigabe für die Einträge im amtlichen Telefonbuch
15. **05-V-07-0016** **DL 44/05-2**
Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben Personalbudget Dezernat VII in 2005

ANLAGE

16. **05-V-11-5018** **DL 01/06-1**
Standort- und Büroflächenoptimierung; Vierter Bericht zum Zielerreichungsgrad
17. **05-V-11-5025** **DL 44/05-3**
Genehmigung von üpl-Ausgaben im Bereich der Personalausgaben Dezernat V
18. **05-V-12-0008** **DL 01/06-2**
Durchführung der Kommunalwahl am 26. März 2006
19. **05-V-20-0052** **DL 44/05-4**
Anbau von Gemeinschaftsräumen an die Sporthalle der Theodor-Fliedner-Schule;
Genehmigung von Mehrkosten

ANLAGE

20. **05-V-20-0053** **DL 02/06-8**

Quartalsbericht 03/2005 Projekt interR

21. **05-V-20-0055** **DL 02/06-9**
Krankenhausumlage 2005
22. **05-V-30-0013** **DL 01/06-3**
Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2006 bei den Unterabschnitten 0230 und 1180
23. **05-V-33-0016** **DL 04/06-2, 44/05-5**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsmaßnahmen
24. **05-V-33-0017** **DL 04/06-3, 44/05-6**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für den Ausländerbeirat
25. **05-V-33-0018** **DL 01/06-4**
Freigabe von Haushaltsmitteln für die Kuvertierung und den Versand der Lohnsteuerkarten 2006
26. **05-V-36-0033** **DL 04/06-4**
Beauftragung/Vergabe hydrologische Studie "Hochwasserschutz am Wickerbach unter Berücksichtigung der Anforderungen an einen nachhaltigen Gewässerschutz"
27. **05-V-37-0006** **DL 44/05-7**
Bericht zum Frauenförderplan 2003 und 2004
28. **05-V-39-0001** **DL 44/05-8**
Eingliederung des Staatlichen Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz in die Stadtverwaltung Wiesbaden

Seite 17 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

- 29. 05-V-40-0044 DL 01/06-5**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln des Einzelplanes 2 für das Jahr 2006
- 30. 05-V-40-0046 DL 04/06-5**
Leibnizschule - Mittelfreigabe 2006
- 31. 05-V-41-0028 DL 04/06-6**
Anmietung von Lagerflächen im Gebäude Homburger Straße 29 sowie Im Rad 20 von der SEG
- 32. 05-V-41-0031 DL 01/06-6**
Konzeptüberlegungen zum Stadtmuseum Wiesbaden
- 33. 05-V-41-0032 DL 02/06-10**
Abschluss Hessische Theatertage
- 34. 05-V-41-0033 DL 08/06-2**
Erstattung des Landes Hessen für die Wiesbadener Musikakademie (4104)
- 35. 05-V-41-0034 DL 04/06-7**
Stromversorgung Kulturzentrum Schlachthof
- 36. 05-V-41-0035 DL 04/06-8**
Vorabfreigabe II. Quartal 2006 Bereich Kultur
- 37. 05-V-41-0036 DL 04/06-9**
Abschluss der Internationale Maifestspiele 2005
- 38. 05-V-41-0037 DL 04/06-10**

Programm und Finanzierung IMF 2006

- 39. 05-V-51-0033 DL 44/05-10**
Projekt Überleitung / Aufarbeitung von Sozialhilfeakten
ANLAGE
- 40. 05-V-51-0050 DL 01/06-7**
Üpl-Genehmigung von Personalausgaben in AKK für das Rechnungsjahr 2005
- 41. 05-V-51-0051 DL 02/06-11**
Geschäftsbericht SGB II, Stand: 30.09.05
- 42. 05-V-66-0237 DL 08/06-5**
Tempo 30, In der Witz und Zebrastreifen Ludwigsplatz, Mainz-Kastel
- 43. 05-V-66-0239 DL 01/06-11**
Ersatzbeschaffung von Lichtsignalanlagen in den Jahren 2006 und 2007
- 44. 05-V-66-0329 DL 01/06-12**
Theodor-Heuss-Brücke in Mainz-Kastel; Brückenhauptprüfung und Folgemaßnahmen
- 45. 05-V-67-0028 DL 44/05-13**
Operative Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens über die Grünflächenpflege in Wiesbaden
- 46. 05-V-80-2360 DL 01/06-13**
Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Altliegenschaften im Bereich altes Polizeipräsidium Wiesbaden sowie Platz der deutschen Einheit;
Beschluss Nr. 0383 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2005

Seite 19 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

- 47. 06-M-04-9003 DL 04/06-12**
Neugestaltung der Fußgängerzone;
Maßnahmen zur Qualitätssicherung in weiteren Bauabschnitten
- 48. 06-V-01-0001 DL 04/06-13**
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 52. Sitzung am
17.11.2005
- 49. 06-V-01-0002 DL 04/06-14**
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 53. Sitzung am
07.12.2005
- 50. 06-V-01-0003 DL 04/06-15**
Wiesbaden als Etappenort der Hessenrundfahrt 2006
- 51. 06-V-04-0002 DL 09/06-2**
Üpl. Genehmigung von Personalausgaben 2005 für Dezernat IV
- ANLAGE**
- 52. 06-V-10-0001 DL 04/06-17**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln im Bereich Protokoll und Kommunale
Auslandsbeziehungen
- 53. 06-V-20-0001 DL 07/06-6, 06/06-6**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2005
- 54. 06-V-20-0003 DL 07/06-7, 06/06-7**
Berichte der Dezernate über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmen
- 55. 06-V-33-0001 DL 01/06-14**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln 2006 für den UA 1130

56. **06-V-36-0002** **DL 09/06-3**
Mittelfreigabe für Maßnahmen der Landschaftspflege 2006
ANLAGE
57. **06-V-53-0122** **DL 07/06-8, 06/06-8**
Freigabe von Haushaltsmitteln des Werbeetats für die Hessischen Gesundheitstage 2006 in Wiesbaden
58. **06-V-62-0003** **DL 04/06-18**
Vorab-Freigabe von Haushaltsmitteln des Verwaltungshaushalts 2006 für Laserscannerbefliegung
59. **06-V-64-0001** **DL 04/06-19**
Abwicklung SNB 2005 Wiesbaden und AKK
60. **06-V-66-0200** **DL 09/06-4, 08/06-6**
Bewohnerparken; Ausweisung weiterer Gebiete
ANLAGE
61. **06-V-67-0003** **DL 04/06-20**
Krematorium Wiesbaden; Sachstandsbericht und weiteres Verfahren
62. **06-V-70-0002** **DL 01/06-15**
Erster und zweiter Bericht zum 2. Frauenförderplan 2000-2002 / 2003-2004 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
ANLAGE
63. **06-V-80-1001** **DL 08/06-8**
Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften

64. **06-V-80-8002** **DL 04/06-21**
Modellprojekt "Ausbildungspakt 5 + 3"
65. **06-V-80-8003** **DL 08/06-9**
Teilnahme an der Expo Real 2006 vom 23. bis 25. Oktober 2006 in München

Tagesordnung III

1. **05-V-05-0011** **DL 08/06-1**
Neuregelungen zum Ostermarkt
2. **05-V-10-0005**
Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige
ANLAGE
3. **05-V-61-0012** **DL 08/06-3, 07/06-1, 06/**
Bebauungsplan "Ortskern Sonnenberg" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss zur 2. öffentlichen Auslegung
4. **05-V-61-0037** **DL 05/06-1, 01/06-9**
Bebauungsplanentwurf "Hermannsberg/Simmler" im Ortsbezirk Wiesbaden-Frauenstein -
Satzungsbeschluss
5. **05-V-61-0040** **DL 07/06-2, 06/06-2**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Auf den Erlen - Süd" im Ortsbezirk
Auringen; Feststellungsbeschluss
6. **05-V-61-0048** **DL 01/06-10**
Beschluss über die Teilaufhebung des Bebauungsplanes "Hauptpost - Hauptbahnhof"
(Wiesbaden 1971/9) im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -

7. **05-V-61-0049** **DL 02/06-12**
Bebauungsplan "Sauerland - 6. Änderung - Zentrum und Langeooger Straße" im Ortsbezirk Wiesbaden-Dotzheim
8. **05-V-61-0052** **DL 05/06-2, 02/06-13**
Bebauungsplan " Wellritzal - 1. Änderung (Ergänzendes Verfahren nach § 215a BauGB) " in Wiesbaden - Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre
9. **05-V-66-0228** **DL 44/05-12**
Balthasar-Neumann-Straße; Erweiterung des Parkplatzes am Berufsschulzentrum
10. **06-A-02-0001**
Fraktionsgeschäftsstellen; hier: Übertragungsregelung und Bereitstellung eines Gesamtbudgets
ANLAGE
11. **06-A-02-0003**
Personelle Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen
ANLAGE
12. **06-V-05-0003** **DL 04/06-16**
Wiesbaden Marketing - Mittelfreigabe
13. **06-V-10-0002**
Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und anderen Einrichtungen
ANLAGE
14. **06-V-61-0001** **DL 07/06-10, 06/06-10**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Südlich der Friedrich-List-Schule" im Ortsbezirk Südost; Feststellungsbeschluss

15. 06-V-61-0002

DL 07/06-11, 06/06-11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) "Südlich der Friedrich-List-Schule" im Ortsbezirk Südost; Satzungsbeschluss

16. 06-V-61-0003

DL 07/06-12, 06/06-12

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgung Breckenheim" im Ortsbezirk Breckenheim; Feststellungsbeschluss

17. 06-V-61-0004

DL 07/06-13, 06/06-13

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Nahversorgung Breckenheim" im Ortsbezirk Breckenheim; Satzungsbeschluss

18. 06-V-67-0006

DL 09/06-5, 08/06-7

Umzug von Einheiten des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten aus der Hasengartenstraße 8 - 10

ANLAGE

Zu den nachfolgenden Punkten tagt der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 14.02.2006

19. 05-V-10-0008

DL 17/05-4

Bedarfsgerechte, publikumsorientierte Optimierung der Ortsverwaltungen; Abschlussbericht Pilotjahr

20. 06-A-21-0001

Wahl des Ausländerbeirates am 27.11.2005; HIER: Gültigkeitserklärung

ANLAGE wird nachgereicht

21. 06-V-10-0003

DL 07/06-4, 06/06-4

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage der Landeshauptstadt Wiesbaden; Finanzierung von Marketingmaßnahmen

Tagesordnung IV

1. **05-V-05-0014** **DL 44/05-1 NÖ**

Entstehung eines Betriebes gewerblicher Art durch Abschluss eines Unter-Leasingvertrages für die Datenverarbeitungs- Endgeräte
2. **05-V-20-0046** **DL 04/06-1 NÖ, 36/05-9 NÖ**

Organbezüge bei städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe
3. **05-V-20-0056** **DL 02/06-1 NÖ**

Kredit Nr. 1686 - Aufnahme eines Schuldscheindarlehens von der Norddeutschen Landesbank (Girozentrale) in Hannover
4. **05-V-36-0043** **DL 44/05-2 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 29.09.2005
5. **05-V-80-2353** **DL 04/06-2 NÖ, 38/05-14 NÖ**

Vergabe eines Erbbaurechts an einer Teilfläche des städtischen Grundstücks
Hasengartenstraße 8 - 10
6. **05-V-80-2356** **DL 40/05-6 NÖ, 38/05-17 NÖ**

Verkauf der städtischen Hausgrundstücke Ellenbogengasse 2 und 4

ANLAGE
7. **05-V-80-2363** **DL 04/06-3 NÖ**

Verzeichnis der vom 01.07.2005 bis 30.09.2005 genehmigten Grundstücksvorlagen
8. **05-V-82-0008** **DL 44/05-3 NÖ**

Seite 25 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

9. 06-V-03-0001 DL 02/06-2 NÖ

Mitgliedschaft im Verein "PPP in Hessen"

10. 06-V-05-0001 DL 08/06-1 NÖ

Sale and Lease Back Vertrag Wilhelm Fresenius Klinik

ANLAGE

11. 06-V-20-0004 DL 08/06-2 NÖ

Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH; Bürgschaftsübernahme

12. 06-V-70-0003 DL 04/06-4 NÖ

Verkauf des Einfamilienhauses auf dem Grundstück Klärwerk Kastel an den dort wohnenden Abwassermeister; Beschlussneufassung

13. 06-V-80-2301 DL 07/06-1 NÖ, 06/06-15 NÖ

Rahmenvereinbarung und Verkauf des Grundstücks Ferdinand-Heyl-Weg an die Terrain Aktiengesellschaft Herzogpark

14. 06-V-80-2306 DL 08/06-3 NÖ

Verkauf der Baugrundstücke in der Gemarkung Dotzheim, Oberer Wingertsweg

15. 06-F-03-0007

Schriftliche Anfrage Nr. 115/05 der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nach § 43 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Veräußerung des städtischen Grundstücks An der Stadtmauer 2-4"

- Aufnahme als Beratungsgegenstand, da die schriftliche Antwort nicht fristgemäß erteilt worden ist -

ANLAGE

Seite 26 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 16.02.2006

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin